

Misstrauensantrag
gegen Landesrat DI Dr. Bernhard Tilg

Die Abgeordneten Dr. Andrea Haselwanter-Schneider, Mag. Markus Abwerzger, Dominik Oberhofer u.a. stellen den

Antrag

der Landtag wolle beschließen:

**„Landesrat DI Dr. Bernhard Tilg wird gemäß Artikel 64 Absatz 3 der
Tiroler Landesordnung das Misstrauen ausgesprochen.“**

Gemäß Art. 64 Abs. 3 TLO beantragen die gefertigten Abgeordneten, die Abstimmung über diesen Antrag auf den übernächsten Werktag zu vertagen.

Begründung:

Landesrat DI Dr. Bernhard Tilg ist seit 2008 Gesundheitslandesrat in Tirol. In diesen Jahren hat Landesrat Tilg wiederholt Fehlentscheidungen getroffen, die zum Schaden verschiedener Gesundheitsberufe, aber auch der Tiroler Bevölkerung waren. Zuletzt hat der Landesrat mit dem ihm unterstellten Landessanitätsdirektor Entscheidungen im Zusammenhang mit der Corona Pandemie getroffen, durch die es nachweislich zu einer intensiven Ausbreitung der Krankheit in Tirol und weit darüber hinaus gekommen ist. Unabhängig von den Ergebnissen der eingesetzten Untersuchungskommission zur Aufarbeitung der Vorgänge in den Tiroler Tourismusorten und zur Arbeit des Krisenstabes, spricht der Tiroler Landtag jetzt schon dem zuständigen Gesundheitslandesrat das Misstrauen aus, da keine Vertrauensbasis zum Landesrat mehr gegeben ist.

1. Ausschreibung Rettungsdienst

2010 hat der Gesundheitslandesrat ohne Not den Rettungsdienst europaweit ausgeschrieben. Auch die betroffenen Rettungsdienstorganisationen haben den Landesrat vor der Ausschreibung gewarnt, trotzdem hat die damalige ÖVP-SPÖ Regierung, allen voran Landesrat Tilg, diesen Schritt gesetzt. Der politische Dilettantismus hat den Tirolern sehr viel Steuergeld gekostet. Schlussendlich ist der Rettungsdienst zu einem politischen Preis von 27,4 Millionen € pro Jahr an die Bietergemeinschaft von Rotem Kreuz, Arbeitersamariterbund, Johanniter und Malteser vergeben worden. Seither vergeht kein Jahr, in dem nicht Geld zum damals vereinbarten Preis dazugezahlt werden muss. Mittlerweile kostet der Rettungsdienst pro Jahr knapp 40 Millionen Euro (2017: 36.741.476,55 EUR; 2018: 37.580.651,88 EUR).

Auch die Grünen haben damals gegen die Verteuerung und Verschlechterung des Rettungsdienstes mobil gemacht. Die Neuausschreibung hatte zur Folge, dass das Notarztsystem zerschlagen worden ist, dass Ortsstellen geschlossen wurden. Es kam zu Problemen bei der Rekrutierung von Freiwilligen und schlussendlich ist der Rettungsdienst heute um ein vielfaches teurer als mit dem alten System. Mittlerweile hat die Landesregierung eingesehen, dass der Rettungsdienst doch nicht mehr ausgeschrieben werden muss. Der Schaden ist allerdings dank Landesrat Tilg nachhaltig angerichtet.

2. Spitalsreform 2019

Das Ziel der Spitalsreform war nach Aussagen von Landesrat Tilg, die Zukunft der Tiroler Spitäler abzusichern und eine bessere Abstimmung der Leistungen zu erreichen. Dies alles sollte durch die Einsparung von 220 Betten bis zum Jahr 2025 erreicht werden. Erfahren von den Plänen haben die Tiroler Bevölkerung, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowie die im Landtag vertretenen Parteien aus den Medien. Der Landesrat hat sie alle verunsichert und ein Kommunikationsdesaster hinterlassen. Und geplant waren drastische Einbußen: So hat Landesrat Tilg am 18. März 2019 verlautbart, dass das Krankenhaus Natters, welches auf Lungenkrankheiten spezialisiert ist und das Einzugsgebiet von Westösterreich versorgt, geschlossen werden soll. Die Betten sollten nach den Plänen von Landesrat Tilg auf Hall und Innsbruck aufgeteilt werden. Der Druck von Seiten der Tiroler Bevölkerung und der Mitarbeiter der Mitarbeiter, aber auch von

Seiten der Sozialpartner, der Krankenkassen und der Tiroler Opposition war groß und schlussendlich hat Tilg seinen Widerstand aufgegeben. Anfang Mai 2019 ist bekannt gegeben worden, dass Natters vorläufig nicht zum Pflegeheim umfunktioniert wird, sondern dass eine Arbeitsgruppe eingesetzt wird, die sich mit der weiteren Ausrichtung des Standortes befassen wird. Bis zum heutigen Tag ist die Tiroler Opposition nicht eingebunden, wer in dieser Arbeitsgruppe sitzt, was die Zwischenergebnisse sind und bis wann mit einem Abschluss zu rechnen sein wird.

Im März 2019 ist weiters durchgedrungen, dass die Kinderstation im Krankenhaus St. Johann ebenfalls von den Schließungsplänen des Landesrates betroffen ist. Das Krankenhaus St. Johann ist eines von zwei Spitälern in Tirol, das positiv bilanziert. Im Bezirk Kitzbühel gibt es nur einen niedergelassenen Kassenkinderarzt und das Einzugsgebiet ist groß. Außerdem hat der Bezirk ein sehr hohes Gästeaufkommen. Dies alles zeigt, wie planlos der Gesundheitslandesrat in die Umstrukturierungspläne in Angriff genommen hat. Nachdem auch hier der Protest und Druck sehr groß war, hat Tilg auch hier sein Vorhaben zurücknehmen müssen.

Die Pläne des Landesrates sehen auch 6 Primärversorgungszentren bis zum Jahr 2022 vor, bis heute existiert keines davon und es liegen uns auch keine Pläne vor, wo bzw. bis wann die Zentren realisiert werden sollen. Auch hier liegt ein Versagen des Gesundheitslandesrates vor.

Die Tirol Kliniken haben aktuell einen Abgang in der Höhe von 100 Millionen Euro. Eigentümerversorger ist Landesrat Tilg. Er lässt das Management in den Tirol Kliniken schalten und walten und hat den Umgang mit öffentlichem Geld dort nicht im Griff.

3. Zerschlagung des Osttiroler Notarztsystems

Nachdem Landesrat Tilg im Frühjahr 2019 noch auf die engagierten Landärzte rund um Dr. Gernot Walder und den Notarztverband Osttirol gesetzt hat, hat er dieses funktionierende Notarztsystem im Osttiroler Iseltal kurze Zeit später zerschlagen. Als teuren Ersatz hat er auf ein Hubschrauber-System gesetzt, das aber keine drei Monate Bestand hatte. Politisch ist es ein Desaster für Landesrat Tilg, zumal er Mitte Oktober ohne eine funktionierende Notarztversorgung im Iseltal dagestanden ist. In seiner von ihm verursachten Not hat er das 'Pilotprojekt mobile Notfalleinheit' aus dem Boden gestampft, das er der Rettungsdienst Gesellschaft teuer abgelden muss. Für neun

Monate werden 515.000 Euro Steuergeld fällig! Die funktionierende notärztliche Versorgung über Dr. Walder und seine Kollegen vom Notarztverband Osttirol war das weitaus günstigere System. Etwaige Verbesserungen und Adaptierungen hätte man in diesem System mit viel weniger Steuergeld erledigen können. Landesrat Tilg hat damit gezeigt, dass es nicht um die beste Patienten- und Notarztversorgung in Osttirol geht, sondern um Macht, Geld, Einflussbereiche und ÖVP-Polit-Deals!

4. Entlohnung in Heimen, Sprengeln und Bezirksspitalern

Ursprünglich war das Ziel des Landes Tirol, die Mitarbeiter nach dem Motto „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ zu entlohnen. Vor allem die Jobs in den Altenwohn- und Pflegeheimen sollten wieder attraktiver werden. Der Versuch, eine verbesserte und einheitliche Bezahlung auf die Beine zu stellen, scheiterte jedoch kläglich. Mit 1. Jänner 2020 sollte das neue Entlohnungssystem in Kraft treten, aber im Vorfeld hat sich bei den Optionenberatungen herausgestellt, dass lediglich das diplomierte Personal bei einem Umstieg in das neue Gehaltssystem besser verdienen wird. Die Systemerhalter wie Heimhilfen, Pflegeassistenten und Pflegefachassistenten hätten nach dem neuen Entlohnungssystem gar weniger verdient, als im alten System. Der Gipfel war, dass es sich laut dem Landesrat bei den neuen Gehältern um all inclusive Verträge gehandelt hätte. D. h., dass die Nachtdienstzulage von derzeit € 41 pro Nacht zur Gänze gestrichen hätte werden sollen. Oft ist eine Pflegeperson in der Nacht mit 30 Menschen allein und dann wären auch noch die mühsam erarbeitete Nachtdienstzulage gestrichen werden sollen. Nachdem auch hier der Protest auf allen Seiten groß war und eine sehr erfolgreiche Unterschriftenaktion mehrere tausend Unterschriften gegen das Vorhaben des Landesrates hervorgebracht hat, ist dem Landesrat auch hier nichts anderes mehr übrig geblieben, als sein Vorhaben aufzugeben und das Gehaltssystem neu einer Evaluierung zu unterziehen. In den Tiroler Altenheimen stehen rund 200 Betten leer, weil nicht genügend ausgebildetes Pflegepersonal zu finden ist. Dem Landesrat fallen außer einer Werbekampagne keine Strategien ein, um mehr Menschen für einen Pflegeberuf zu begeistern. Es ist ihm offenbar auch nicht klar, dass die Rahmenbedingungen und der Verdienst zentrale Faktoren sind, damit Pflegepersonen langfristig im Beruf gehalten werden können. Fazit: Landesrat Tilg erkennt den Ernst der Lage in der Pflege nicht und ist sicher in diesem Resort eine absolute Fehlbesetzung!

5. Verfehltes Krisenmanagement Corona

Landesrat Tilg und die Landessanitätsdirektion, deren Vorgesetzter der Gesundheitslandesrat ist, haben in der Corona-Krise mehrfach Entscheidungen getroffen, die den gängigen Empfehlungen der Virologen widersprochen haben. Nachweislich haben sich mehrere 100 Touristen aus ganz Europa mit dem Sars-CoV-2 Virus in Tirol angesteckt. Die Behörden und der zuständige Gesundheitslandesrat leugnen dies bis heute.

Hier eine kurze Chronologie der Ereignisse:

- 25. Februar 2020: Die ersten 2 Fälle von Covid-19 Infektion werden in Innsbruck nachgewiesen. Am frühen Abend werden das Grand Hotel Europa, wo eine der beiden Personen arbeitet, sowie die Wohnung der Italienerin in der Landeshauptstadt behördlich gesperrt.

An diesem Tag findet um die Mittagszeit eine Information der Klubobleute über die Corona-Situation durch LR Tilg und Sanitätsdirektor Katzgraber statt, wo letzterer das Covid-19 Virus als weniger gefährlich als das Influenza Virus einstuft.

- 29. Februar 2020: 15 Covid positive Personen befinden sich an Bord einer Maschine der Icelandair von München nach Reykjavik. Alle Personen waren in Ischgl zum Schifahren.
- 5. März 2020: Die Isländische Gesundheitsbehörde klassifiziert Ischgl als Risikogebiet. Die Namen der positiv getesteten Personen werden an die Tiroler Behörden übermittelt. An diesem Tag haben die Isländischen Behörden auch die 5 Hotels nach Tirol gemeldet, in denen sich die positiv getesteten Personen aufgehalten haben. Davon will der zuständige Bezirkshauptmann Maaß heute ja nichts wissen.
- 6. März 2020: Island rät von Reisen nach Ischgl ab.
- 7. März 2020: Der erste bestätigte Corona Fall in Ischgl ist der Barkeeper der Après Ski Bar Kitzloch.
- 8. März 2020: Der Landessanitätsdirektor Dr. Franz Katzgraber sagt:“ Aus medizinischer Sicht ist es wenig wahrscheinlich, dass es in Tirol zu Ansteckungen gekommen ist“.

Die Bar „Kitzloch“ wird desinfiziert und das Personal wird ausgetauscht.

- 9. März 2020: Das Kitzloch wird geschlossen, nachdem 16 Mitarbeiter und Kontaktpersonen positiv getestet worden sind.
- 10. März 2020: Alle Après Ski Lokale in Ischgl werden geschlossen, eine Quarantäne durch die Landesregierung wird nicht verhängt.
- 11. März 2020: Der Schibetrieb in Ischgl soll für zwei Wochen geschlossen werden.
- 12. März 2020: Das vorzeitige Saisonende wird verkündet. Die Schigebiete bleiben aber für weitere drei Tage offen.
- 13. März 2020: Über das Paznauntal und St. Anton wird die Quarantäne verhängt. Ausländische Urlauber dürfen das Gebiet verlassen. Wie sich herausstellt, machen viele Touristen Zwischenstation in Innsbruck und anderen Orten Tirols.
- 16. März 2020: In Deutschland gibt es 80 Fälle, die alle ihren Ursprung in Ischgl haben, in Norwegen 500 Fälle, weitere Fälle in Dänemark und Großbritannien.
- 17. März 2020: Landesrat Tilg ist in der Zeit im Bild 2 zu Gast. Hier wiederholt er gebetsmühlenartig, dass die Behörden alles richtig gemacht haben. Tirol wird von der Bundesregierung als Risikogebiet ausgewiesen.
- 19. März 2020: Die Quarantäne wird über alle 279 Gemeinden Tirols verhängt.
- 24. März 2020: Die Staatsanwaltschaft Innsbruck geht dem Verdacht der fahrlässigen Gefährdung von Menschen durch übertragbare Krankheiten nach.
- 30. März 2020: Ein Schreiben der Ärztekammer wird publik, worin der Tiroler Ärztekammerpräsident Dr. Artur Wechselberger davon spricht, dass untaugliche Masken in China bestellt wurden und dass Ärzte immer noch nicht ausreichend geschützt werden können.
- 2. April 2020: Reportage des ORF „Am Schauplatz“ über die Situation in Ischgl. Dort wird der Vorwurf laut, dass ein praktischer Arzt in Ischgl falsche Gesundheitszertifikate ausgestellt hat, in denen er bescheinigt, die Personen seien gesund.

Der Landessanitätsdirektor und seine Mitarbeiter haben in der Corona Krise mehrmals öffentlich aufhorchen lassen, indem sie die Gefährlichkeit und Ansteckungsgefahr des Corona Virus falsch eingeschätzt haben. Aufgrund dieser medizinisch falschen Feststellungen ist es zu sehr späten Schließungen gekommen!

„Das Übertragungsrisiko von Mensch zu Mensch ist relativ gering, etwas höher als jenes der Influenza“. Das ist auf einem COVID 19 Informationsblatt der Landessanitätsdirektion zu lesen, das zumindest bis zum 11. April 2020 auf der Internetseite des Landes Tirol zu finden ist. Es wurde auch wörtlich in der Aprilausgabe des Amtsblattes der Stadt Kitzbühel abgedruckt (https://www.kitzbuehel.at/Stadtzeitung_April_2020). Politisch zuständig - sowohl inhaltlich als auch personell - für die Landessanitätsdirektion ist Gesundheitslandesrat Tilg. Dieser hat nichts gegen dieses Informationsblatt unternommen, es ist zu vermuten, dass er dieses sogar angewiesen hat.

Die Kommunikation mit den Klubobleuten war zu jeder Zeit der Pandemie unzureichend. Auf Nachfragen bei der Landessanitätsdirektion sind Antworten gar nicht oder nach Tagen gekommen. Weder die Heime noch die Sprengel oder die niedergelassenen Ärzte waren durch das Land Tirol informiert, wie sie sich im Falle eines Verdachts auch eine Covid 19 Infektion zu verhalten haben. Die entsprechenden Informationsblätter sind erst nach Wochen dort eingetroffen. Ausreichendes Schutzmaterial war zu keiner Zeit verfügbar. Als dann eine Lieferung mit dem Material da war, konnten Sprengel, Heime und Ärzte melden, welchen Bedarf sie an welchem Material haben. Bekommen haben sie aber nicht die bestellten Artikel, sondern Überraschungspakete, mit denen kaum jemand etwas anfangen konnte.

All diese aufgezählten Verfehlungen sind schon lange genug, um einen völlig überforderten Landesrat von seiner Position abuberufen. Es war eigentlich schon lange genug. Aber was sich jetzt in der Corona Krise abgespielt hat, ist unzumutbar für die Tiroler Bevölkerung und aus den angeführten Gründen ist Gesundheitslandesrat von seiner Position abuberufen.

Innsbruck, am 13. Mai 2020